

# Stadtrat billigt Zuschuss von 27 Millionen Euro an die GSW – Weg zu einem neuen Hallenbad ist noch weit



So könnte der Schwimmerbereich des künftigen Bergkamener Erlebnisbads aussehen.

Der Bergkamener Stadtrat hat in seiner Sitzung am Dienstag im PZ des Gymnasiums eine Hürde auf dem Weg zu einem neuen Kombibad am Häupenweg beiseite geräumt: Er billigte mit den Stimmen von SPD und CDU den nicht rückzahlbaren Zuschuss der Stadt an die GSW von 27 Millionen Euro.

Dieser Beschluss bedeute nicht, dass jetzt die Bagger anrollen könnten und das Wellenbad in Weddinghofen geschlossen werde, erklärte vor der Abstimmung Bürgermeister Roland Schäfer. Er rechnet sogar mit einer weiteren Freibad in Weddinghofen.

Die nächste Hürde ist das Finanzamt. Dort gilt es

herauszufinden, ob für den Zuschuss Umsatzsteuern fällig werden. Dabei könnte es sich gegebenenfalls um einen Betrag von 5 Million Euro handeln, die an den Fiskus abzuführen wären, wie SPD-Fraktionschef Bernd Schäfer erklärte. Eine Bedingung für den Ratsbeschluss ist, dass keine Steuern gezahlt werden müssen. Die andere Bedingung ist bereits vorher erfüllt worden: Die Kommunalaufsicht, der Kreis Unna, hat mitgeteilt, dass sie keine Bedenken gegen die Zahlung eines Zuschusses hat.

Die drei anderen im Rat vertretenen Parteien haben gegen diesen Zuschuss gestimmt. Die Grünen wie auch die FDP hoffen noch darauf, dass eine mögliche andere Zusammensetzung in den Stadträten von Bergkamen und Kamen doch noch der Bau eines Zentralbads für beide Städte ermöglicht. Deshalb hatten die Grünen zu Beginn der Ratssitzung des Antrag gestellt, den entsprechenden Punkt von der Tagesordnung der Ratssitzung zu nehmen. Unterstützung gab es hier nur von FDP-Ratsfrau Angelika Lohmann-Begander und den beiden BergAUF-Stadtverordneten.

BergAUF-Fraktionsvorsitzende Claudia Schewior argumentierte mit ganz anderen Forderungen gegen den Zuschuss. Sie ist davon überzeugt, dass sowohl Bergkamen als auch Kamen eigene neue Bäder bräuchten. Zudem solle das neue Bad am Häupenweg ein Außenbecken erhalten.

Heftige Kritik handelte sich BergAUF ein, weil das Personenwahlbündnis offenbar am Gymnasium Flugblätter verteilt hat, in denen der Eindruck erweckt wurde, als würde am Dienstag der Stadtrat über die Schließung des Wellenbads beschließen. In dem Flugblatt wurde auch zur Teilnahme an einer Kundgebung vor der Ratssitzung im PZ des Gymnasiums aufgerufen. Die fand auch am Dienstag statt, dies allerdings mit einer sehr überschaubaren Teilnehmerschar.